



Pressemitteilung vom 23. September 2021

"Unrechtmäßige Räumungen im Interesse von RWE dürfen sich in Lützerath nicht wiederholen - Armin Laschet muss zurücktreten!"

Wenige Tage vor der Bundestagswahl stellt das zivilgesellschaftlich organisierte „RWE-Tribunal“ noch einmal heraus, wie sehr sich der NRW-Ministerpräsident, CDU-Vorsitzende und Kanzler-Kandidat Armin Laschet für die Interessen des RWE-Konzerns eingesetzt hat. Und immer noch einsetzt? Oder wird er sich jetzt, unter Berücksichtigung der Bewahrung der Freiheitsrechte der künftigen Generationen, endlich für die Einhaltung der 1,5-Grad-Grenze und gegen eine weitere Zerstörung der Ortschaft Lützerath und der anderen bedrohten Dörfer einsetzen?

Ministerpräsident Laschet hatte im Herbst 2018 die Räumung des Hambacher Waldes veranlasst. Das hatte den größten Polizei-Einsatz in der Geschichte des Landes NRW nach sich gezogen. Ein junger Mensch kam zu Tode. Ungeheure Mengen an Steuergeldern wurden, wie sich jetzt herausstellt, verschwendet. In der Süddeutschen Zeitung ist von mindestens 50 Millionen Euro die Rede. Viele Menschen wurden traumatisiert. Der Wald wurde durch den massiven Einsatz von Großtechnik weiter sehr geschädigt.

Ministerpräsident Laschet wurde von unterschiedlichen Gerichten nun in mehreren Fällen die fehlende Rechtskonformität seines Handelns bescheinigt:

- das Urteil zu Datteln 4
- das Urteil zum Hambacher Wald
- das Urteil für ein Opfer von Polizeigewalt. Das Gericht rügte „Rechtsfehler beim Polizeieinsatz“, der weder angemessen noch sachgerecht gewesen sei. Das Land NRW muss dem Kläger Schmerzensgeld zahlen.
- nicht zuletzt auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Frühjahr.

Alle diese Urteile machen deutlich, wie sehr die Politik des NRW-Ministerpräsidenten an einer Rechtskonformität in Deutschland vorbei geht. Doch anstatt die politische Verantwortung zu übernehmen und zurückzutreten, um einen rechtskonformen Weg zu ermöglichen, beharrt er auf einem weiter so und will Deutschland genauso regieren wie das Land NRW.

Zu diesem Politik-Stil gehört auch das, was in einem Artikel der Zeit (6. Juni 2021) „**als NRW-Prinzip beschrieben wird: die gut gelaunte Kumpanei**“. Der Essener Medienunternehmer und Rechtsanwalt Stephan Holthoff-Pförtner, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales in der NRW-Regierung Laschet, organisiert seit über 30 Jahren diese gut gelaunte Kumpanei vor allem durch das von RWE und anderen Unternehmen ausdrücklich geförderte „Politische Forum Ruhr“, eine bundesweite Drehscheibe der Konzern-, Parteien- und Medien-Vertreter.



Holthoff-Pförtner hatte auch schon dem Altkanzler Helmut Kohl hilfreich zur Seite gestanden.

Stefan Willeke formuliert es im Zeit-Artikel wie folgend: „Kohl wollte nicht verraten, wem er Spendengelder für die CDU verdankte, **er stellte sich über das Gesetz.**“ Bekanntermaßen ist Helmut Kohl das Vorbild von Armin Laschet. Denkt er daher, auch er könne sich über das Gesetz stellen?

In seinem eigenen NRW-Kabinett ist mittlerweile „deutlich geworden, dass die Auswirkungen des Klimawandels sich bereits jetzt **als unmittelbare Bedrohung für Leben, Gesundheit, Hab und Gut der Menschen darstellen**“, so Umweltministerin Heinen-Esser in ihrem Bericht zur Flut-Katastrophe.

Was tut die Landesregierung NRW, um diese „unmittelbare Bedrohung“ durch den Klimawandel von den Menschen fern zu halten? Der NRW-Ministerpräsident, CDU-Vorsitzende und Kanzler-Kandidat Laschet besteht weiterhin darauf, dass der Industriestandort Deutschland/NRW in der jetzigen Form erhalten bleiben muss und weigert sich zu erkennen, dass das Industriezeitalter eher eine Langzeitkatastrophe als eine Erfolgsgeschichte ist.

Daher fordert das RWE-Tribunal den NRW-Ministerpräsidenten, CDU-Vorsitzenden und Kanzler-Kandidaten auf:

- vor der Wahl den Wählerinnen und Wählern öffentlich zu versichern, dass sich das Land NRW dafür einsetzt, dass der RWE-Konzern die Ortschaft Lützerath und die anderen bedrohten Dörfer nicht für eine Erweiterung des Braunkohle-Tagebaus Garzweiler in Anspruch nimmt, damit die 1,5-Grad-Grenze des Pariser Klima-Abkommens noch eingehalten werden kann.
- die politische Verantwortung für die Rechtsbrüche, auf die sich die obengenannten Gerichtsurteile beziehen, zu übernehmen und seinen sofortigen Rücktritt vom Amt des NRW-Ministerpräsidenten zu erklären.

Presse-Kontakt:

Alfred Weinberg, Mitglied im Rat von Attac, Mitinitiator RWE-Tribunal, 0172-4163788,
alfred_weinberg@web.de

Information:

www.rwe-tribunal.org